

Donnerstag, 24. März 2022 [Dresden](#)

Stadtplaner wollen Jüdisches Museum nicht im Palais Oppenheim

Diskutiert wird derzeit über städtische Grundstücke – und einen ganz neuen Ansatz.

Von Valentin Dreher



Das Palais Oppenheim wurde im Februar 1945 zerstört – für ein jüdisches Museum wird es wohl nicht wiedererrichtet. Foto: Fritz Löffler/Archiv

Das Palais Oppenheim wird bei der Stadtverwaltung wohl nicht mehr als Standort für ein größeres jüdisches Museum in Erwägung gezogen. Bei einer virtuellen Podiumsdiskussion am Dienstagabend erklärten Stadtplaner, dass sie das Gelände des ehemaligen Robotron-Campus nicht für geeignet halten. Das Palais wurde ab 1845 von Gottfried Semper für den jüdischen Bankier Martin Wilhelm Oppenheim erbaut und war hundert Jahre später bei den Luftangriffen auf Dresden bis auf die Außenmauern ausgebrannt. Zur Unterbringung eines jüdischen Museums müsste der Neorenaissance-Bau deshalb erst wiederaufgebaut werden.

Andreas Wohlfarth, Präsident der Architektenkammer Sachsen, be-

zeichnete es als städtebauliches „Armutzeugnis“, sollte das Gebäude wiedererrichtet werden. „Man hat sich nach der teilweisen Zerstörung im Zweiten Weltkrieg im sozialistischen System aus politischen Gründen 1951 dazu entschieden, die Reste des Palais zu sprengen.“ Auch die vollständige Zerstörung des Gebäudes zu DDR-Zeiten sei ein Teil der Geschichte, die nicht rückgängig gemacht werden könne. „Es widerspricht der historischen Ehrlichkeit, dieses Gebäude einfach im Ide-
alzustand wieder aufzubauen.“

Widerspruch erntet Wohlfarth von Lucas Müller, dem Vorsitzenden des Gottfried-Semper-Clubs, der sich seit 2017 für den Wiederaufbau des Palais einsetzt. „Die Äußerung fand ich total deplatziert“, sagt er. Eine Entscheidung im Sozialismus könne nicht ausschlaggebend dafür sein, ob ein Gebäude heute wieder errichtet werde. Im Palais Oppenheim sieht Müller einen „Kristallisationspunkt jüdisch-sächsischer Kultur“.

Einem jüdischen Museum in einem wiedererrichteten Palais Oppenheim steht allerdings entgegen, dass der private Investor Gateway, dem das Gelände seit Ende 2020 gehört, laut Müller höchstens vier Räume zur öffentlichen Nutzung zur Verfügung stellen will. Ein größeres jüdisches Museum, für das etwa die Vorsitzende des Landesverbands Jüdischer Gemeinden, Nora Goldenbogen plädiert, fände hier somit keinen Platz. Gateway hatte sich zudem in der Vergangenheit aufgrund des zu erwartenden An- und Abreiseverkehrs gegen die Nutzung als Museum ausgesprochen. Der Investor will sich in den nächsten Tagen erneut zu dem Gelände äußern.

Anja Heckmann, die im Stadtplanungsamt die Abteilung Innenstadt leitet, plädierte bei der Veranstaltung stattdessen für die Nutzung städtischer Grundstücke. In Frage kämen hierfür ein Grundstück neben dem Blockhaus am Königsufer, ein weiteres an der Carolabrücke gegenüber der Synagoge sowie das des Palaverhauses am Sachsenplatz. Denkbar sei auch ein Anbau an das Landhaus, in dem das Stadtmuseum untergebracht ist. Der Stadtrat hatte die Stadtverwaltung im April vergangenen Jahres beauftragt, passende Orte für ein jüdisches Museum zu prüfen.

Das Areal des Alten Leipziger Bahnhofs, das bereits seit Längerem für

ein jüdisches Museum im Gespräch ist, hält Heckmann nicht für den perfekten Ort. „Wir haben die Plädoyers von Teilen der jüdischen Gemeinde wahrgenommen, dass der Bahnhof nicht als Ort zeitgenössischem jüdischen Lebens betrachtet werden sollte“, so Heckmann. Der Bahnhof war zwischen 1942 und 1944 Ausgangspunkt der Deportation von Juden in Ghettos und Konzentrationslager.

Ein neuer Impuls kam vom Leiter des Amts für Kultur und Denkmalschutz, David Klein. Er machte auf die hohen Kosten aufmerksam, die die Stadt für den Neubau eines jüdischen Museums aufwenden müsste. „Das wäre eine riesige Investition. Auch zur Betreuung des Museums bräuchte es ein Millionenbudget.“ Klein schlägt deshalb ein virtuelles Museum vor. Dies sei kostengünstiger, zeitgemäß und könne von überall abgerufen werden.

Historiker Daniel Ristau, der die Dauerausstellung des Stadtmuseums um Aspekte jüdischer Geschichte erweitert hat, betont allerdings: „Auch die Einrichtung eines guten, groß gedachten virtuellen Museums würde Kosten im Millionenbereich verursachen.“

Ristau wünscht sich statt der bisher oft als Standortdebatte geführten Diskussion, dass sich zuerst auf mögliche Formen und Inhalte einer musealen Repräsentation des Jüdischen verständigt wird. „Eine vertiefte, öffentlich geführte Auseinandersetzung über Inhalte hat in Dresden jedenfalls noch nicht stattgefunden und dürfte sich auch nicht auf Dresden beschränken“, sagt er.

Neben der Landeshauptstadt möchte auch der Leipziger Stadtrat ein jüdisches Museum errichten, auch in Görlitz gibt es Bestrebungen. Klar ist: Wenn überhaupt, entsteht in Sachsen vorerst nur ein jüdisches Museum. Historiker Ristau: „In Leipzig nehme ich aktuell keine so starke öffentliche Debatte wahr wie hier in Dresden, doch auch dort wird auf verschiedenen Ebenen zu dem Thema nachgedacht.“ Nicht nur innerhalb des Stadtgebiets ist der Standort eines jüdischen Museums also weiter strittig.